

Auf der Suche nach neuen Formen politischer Vertretung¹

Grundsatzreferat zum Kongress «Bürgerinitiativen vor Wahlen – Möglichkeiten und Alternativen», veranstaltet vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 8./9. April 1978 in Kassel

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben uns hier in Kassel verabredet, um eines der schwierigsten Probleme politischer Gestaltung zu bereden, das die Ökologie- und Lebensschutzbewegung zu lösen hat: das Verhalten gegenüber Parlamentswahlen und damit unser Verhältnis zum repräsentativen Prinzip unserer Nachkriegsverfassung. [...]

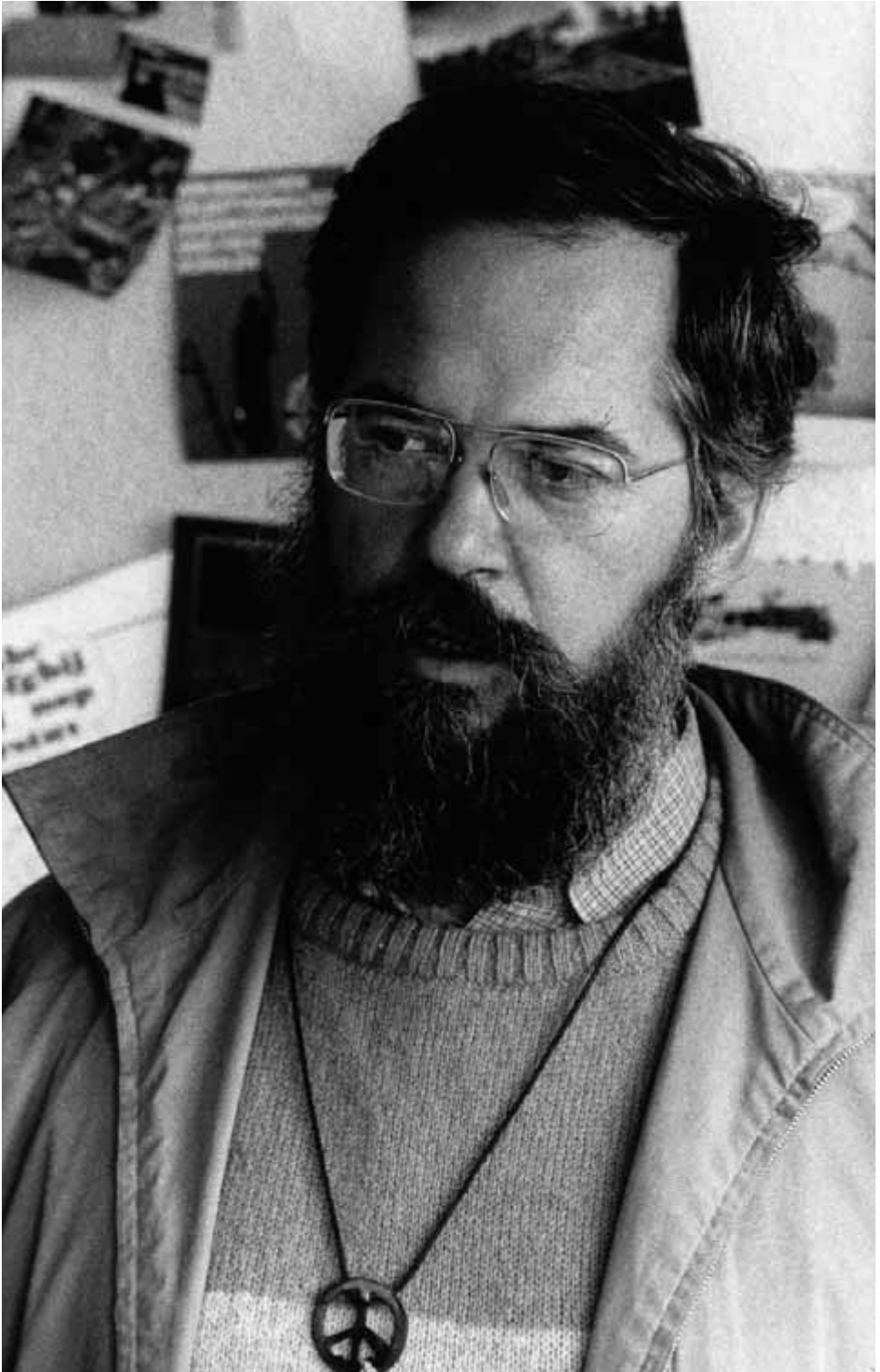
Im März und April waren wir in der Bundesrepublik Deutschland Zeugen eines beschämenden Eiertanzes der großen Parlamentsparteien um die Neutronenbombe. Die CDU forderte² ihre Einführung und Stationierung auf deutschem Boden, die FDP-Führung signalisierte ihre Zustimmungsbereitschaft, die SPD drückte sich sowohl vor einer klaren Entscheidung als auch davor, das Volk zu konsultieren.

Die FDP-Abgeordnete Schuchardt, die sich öffentlich gegen die Entwicklung der Liberalen zur Neutronenbombenpartei gewandt hatte, erhielt vom FDP-Wehrexperthen Möllemann in aller Öffentlichkeit die grantigste Abfuhr, die man sich unter «Parteifreunden» vorstellen kann: sie solle gefälligst zu Angelegenheiten schweigen, von denen sie keine Ahnung habe. Wir haben alle Veranlassung, Frau Schuchardt Respekt zu bekunden als einer Parlamentarierin, die unter schwierigsten innerparteilichen Bedingungen Partei für den Lebensschutz ergriffen hat. [...]

Liebe Freunde, die biologisch zerstörende Wirkung der Radioaktivität wird uns von lebenden, genauer: dahinsiechenden Opfern der ersten Atombombenabwürfe bezeugt. Die Wirkung der Neutronenbombe haben uns in diesen Wochen unsere Medien beschrieben, Experten bekunden, daß sie nicht weniger inhuman wäre als das international geächtete Giftgas. Aber es gibt Politiker, die offen für solche Waffen eintreten! Unter ihnen auch solche, die sich «liberal» nennen. Liegt es angesichts der Haltung der FDP-Führung und ihres Wehrexperthen nicht nahe, mit «Grünen Listen» gegen die FDP als lebensfeindlicher «Partei der Neutronenbombe» zu Felde zu ziehen, mit dem erklärten Ziel, das oft doppelzüngige Zünglein an der Waage aus den Parlamenten zu verdrängen und dem Zauderer unter den großen Parteien, der SPD, als Juniorpartner eine Koalition anzubieten? Unter³ zwei Bedingungen freilich:

1. daß sie sich offen und uneingeschränkt gegen die Neutronenbombe ausspricht wie ihre Schwesterpartei in den Niederlanden und
2. daß sie auf den Ausbau des Atomenergieprogramms verzichtet. [...]

Hier sollten wir zunächst einmal innehalten und fragen, wie⁴ die herkömmlichen Parlamentsparteien zu solchen, im doppelten Sinne des Wortes verdrängenden Insti-



MdB Roland Vogt, ca. 1983

tutionen geworden sind: sie verdrängen andere politische Kräfte (u.a. mit Hilfe der 5%-Klausel) und sie haben wesentlichen Anteil an der soeben geschilderten Verdrängungsleistung, die die physische Vernichtung der Spezies⁵ Mensch zur Folge haben wird, wenn es uns nicht gelingt, den entscheidenden Konstruktionsfehler im politischen Gebäude unserer Nachkriegsdemokratie aufzudecken und korrigierend einzugreifen.

Irgendwann nach 1945 haben die Lehren des Zweiten Weltkriegs aufgehört zu wirken, irgendwann ist eine Spaltung eingetreten innerhalb der Parteien zwischen solchen Persönlichkeiten, die sachorientiert und basisnah auf der Seite des Lebens Politik zu machen versuchten[,] und in solche, die machtorientiert zielstrebig Parteikarriere machten um den Preis des Ausverkaufs aller Lehren, die aus der Geschichte (insbesondere des Zweiten Weltkriegs) zu ziehen waren – von verratenen Idealen soll hier gar nicht erst die Rede sein!

Sie nehmen Partei für den Tod, die Vernichtung, ohne daß ihnen das voll bewußt ist. Der Mechanismus der Verschiebung innerhalb der politischen Persönlichkeit von der Sach- zur reinen Machtorientierung ist kompliziert – eine allmähliche Verwandlung des begeisterungsfähigen Neulings, «Idealisten», hin zum zynisch-müden «Realisten». [...]

Wo liegt nun der Konstruktionsfehler, nach dem wir fahnden? Es ist, so glaube ich erkannt zu haben, das zum Selbstzweck gewordene Prinzip des Machterwerbs und der Machterhaltung. Die wenigsten Persönlichkeiten sind resistent gegen das Wachstumsgesetz der Macht wie es Wolfgang Sternstein in seinem die Grüne Partei ablehnenden Standpunkt formuliert hat: Macht strebt nach mehr Macht wie Reichtum nach mehr Reichtum, Wissen nach mehr Wissen ...⁶

Unsere drei Parlamentsparteien sind irgendwann zu reinen Machterwerbsgruppen erstarrt. Das geschah jeweils zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre ursprünglichen Ziele als lästigen, da dem Machterwerb hinderlichen, ideologischen Ballast abwarfen. Mit dem Vorhof der Macht betraten sie die Vorhölle der Teilhabe an der Menschheitsvernichtung, nahmen Partei für den Tod. Mit Atomwaffengegnerschaft, Anti-Aufrüstungs- und Anti-NATO-Politik war kein Blumentopf zu gewinnen, ebenso wenig mit der Vergesellschaftung der Schwerindustrie einschließlich Rüstungsindustrie, so befanden die Parteistrategen der SPD und beschritten den Weg zur Volks- und Regierungspartei. Also wurden die pazifistischen und antikapitalistischen Inhalte, die die Identität der ursprünglichen Arbeiterpartei ausmachten, gestrichen. [...]

Wer in einer solchen Partei eine Funktion anstrebt, die Teilhabe an der Gestaltung des politischen Prozesses verheißt, ist einer permanenten Selbstzensur unterworfen; nachdem er sich darauf eingelassen hat, wird ihm in einem schleichenden Prozeß das Rückgrat verbogen, selbständiges Denken aus dem Hirn zensiert. Nur die wenigsten halten die Isolation aus, in die sie geraten, wenn sie sich diesem Anpassungsprinzip verschließen. [...]

Aus anti-institutionellen Impulsen entstanden, sind wir nun im Begriff, selbst Institutionen zu bilden.

Wir sollten dabei unterscheiden zwischen den Fällen notwendiger Zentralisation zur Förderung der dezentral organisierten Basis-Bewegung und einer Zentralisation aus Anpassung an die machthierarchisch organisierten Institutionen des Alten, zu überwindenden Systems. Von der Struktur des Alten Systems wird alles einem Raster untergeordnet. Dieses Raster heißt repräsentative parlamentarische Parteiendemo-

kratie. Es wird so getan, als hätten die Parteien das Politikmonopol. Das äußerste, was man sich vorstellen kann, ist, daß eventuell eine neue Partei hinzukommt, die sich mit den bestehenden Parteien das Politikmonopol teilt. Damit ist die Gefahr verbunden, daß durch die Strukturen des bestehenden Systems unsere Organisationen deformiert, dem machthierarchischen System angeglichen werden. [...]

Es ist doch möglich, daß wir durch eine forcierte Parteigründung in eine völlig falsche Richtung gedrängt werden – und damit vom Alten System integriert und geschluckt werden. [...]

Alle Indizien sprechen dafür, daß wir gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um wenigstens die Ökologiebewegung von der Entzweiung in einen machterwerbsorientierten und einen sachorientiert-basisgebundenen Flügel zu bewahren.

Der Rohstoff Zeit ist knapp geworden.

Laßt uns gemeinsam auf diesem Kongreß beraten, wie wir die Deformationen überwinden helfen können, in die unser politisches System geraten ist.

Laßt uns Auswege suchen mit Leidenschaft, in Menschenliebe und mit Augenmaß!

Kommentar

von **Christoph Becker-Schaum**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte sich nach seiner Gründung im Jahre 1972 binnen kurzer Zeit zu einem bundesweiten Netzwerk von Aktiven und Initiativen entwickelt, das die Vielfalt und die Vielzahl der umweltpolitischen Initiativen in Westdeutschland zu integrieren verstand. In dieser Hinsicht war der BBU einzigartig. Er war die einzige Institution, die nach der Bauplatzbesetzung in Wyhl im Februar 1975 bis zu den militanten Großdemonstrationen des Jahres 1977 in Brokdorf, Grohnde und anderswo bundesweit von der breiteren Medienöffentlichkeit als Stimme der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung wahrgenommen wurde. Als 1977 innerhalb der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung erstmals die Frage der Kandidatur umweltpolitischer Wählergemeinschaften diskutiert wurde, konnte sich der BBU dieser Frage schlechterdings nicht entziehen. Der BBU fasste deshalb auf seiner Herbsttagung 1977 im Wendland den Beschluss, sein Verhältnis zu den entstehenden Grünen, Bunten und Alternativen Listen im Rahmen eines eigenen Kongresses prinzipiell zu bestimmen.

So weit die Vorgeschichte des Kongresses, der am 8./9. April 1978 in Kassel stattgefunden hat. Zwischen dem Herbst 1977 und dem Frühjahr 1978, d.h. zwischen dem Beschluss und seiner Ausführung, war die Entwicklung allerdings schon mit großen Schritten vorangegangen. Man befand sich nun im Wahlkampf zu zwei Landtagswahlen im Juni, an denen sich in Niedersachsen eine Grüne und in Hamburg eine Bunte Liste beteiligten. Zwei weitere Landtagswahlen mit neuen grünen Kandidaturen in Hessen und Bayern würden im Oktober 1978 folgen. Das Feld der «Wahlalternativen» begann unübersichtlich zu werden. Damit war eine Entwicklung in Gang gesetzt, die der BBU als Netzwerk-Verband nicht mehr steuern konnte, was im Übrigen auch nicht seine Absicht war.

Aus Sicht der «Wahlalternativen» ist der Kasseler BBU-Kongress «Bürgerinitiativen vor Wahlen» eine der entscheidenden Wegmarken gewesen. Wenn man sich einen Zeitstrahl denkt, der die Entwicklung von den ersten Grünen und Bunten Listen, die im Laufe des Jahres 1977 entstanden sind, bis zur Gründung der Europa-Grünen im März 1979 umfasst, markiert der Kasseler BBU-Kongress den Anfang einer Entwicklung. In der ersten Phase dominiert die interne Debatte über die Vor- und Nachteile von politischen Kandidaturen. Die zweite Phase im Juni/Juli 1978 ist von einer hektischen Betriebsamkeit geprägt. In diesen Zeitraum fallen die ermutigenden Wahlen in Niedersachsen und Hamburg, das Deutsche Umwelttreffen in Troisdorf mit der Bestellung eines Koordinierungsausschusses der Umweltbewegung und die Ausdifferenzierung des Spektrums der Wahlalternativen. Letztere schließt die Gründung neuer Landesverbände der Grünen Liste Umweltschutz (GLU), die Gründung der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) durch Herbert Gruhl, der die CDU-Bundestagsfraktion verlässt, und die Gründung Bunter Listen in Berlin und Hessen ein, also die der Berliner AL und der Grünen Liste Hessen (GLH). Dadurch verlagert sich in der letzten Phase ab dem Herbst 1978 die Dynamik weg vom BBU in Richtung der neuen Parteiorganisationen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung markiert der Kasseler Kongress den Take off der Wahlalternativen. Das Grundsatzreferat zu diesem Kongress, von Roland Vogt als einem der drei BBU-Sprecher gehalten, lässt einerseits die engen Grenzen erkennen, die dem Versuch des BBU, den Entstehungsprozess zu steuern, gesetzt waren. Das Ergebnis der für Kassel vorgenommenen Beratung war seit der Gründung der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) und der «Bunten Liste – Wehrt Euch» und ihrer in ein breites Bündnis von Umweltschutz-Bürgerinitiativen und Gruppierungen aus dem Spektrum der neuen sozialen Bewegungen eingebundenen Kandidatur – im Hamburger Fall mit einer klaren Dominanz des Kommunistischen Bundes (KB) – bereits teilweise vorweggenommen. Der BBU hat sich deshalb in Kassel der nachträglichen Legitimation entschieden verweigert, andererseits hat er den Abstimmungsprozess der «Wahlalternativen» in Richtung auf einheitliche Kandidaturen, den die 5-Prozent-Hürde dringend nahelegte, auch nicht behindert. Im Gegenteil, mit der anschließend erfolgten Einladung zum Deutschen Umwelttreffen in Troisdorf wurde er einmal mehr initiativ. Der in Troisdorf gebildete Koordinierungsausschuss würde die weitere Entwicklung bis zur Gründung der SPV Die Grünen begleiten und legitimieren. In dieser ersten Gründungsphase der Grünen war der BBU für das Zusammenspiel von Umweltschutzparteien und Umweltbewegung von entscheidender Bedeutung.

Für das Gelingen dieses Zusammenspiels sollte eine Argumentationsfigur eine wesentliche Rolle spielen, die der «Anti-Partei-Partei», deren bekannteste Formulierung in einem Spiegel-Interview von Petra Kelly im Wahlkampf zur Bundestagswahl von 1983 überliefert ist.⁷ Der Diskurs der «Anti-Partei-Partei» ist aber bereits in der Argumentationslinie des Kasseler Grundsatzreferats des BBU-Sprechers Roland Vogt enthalten, und der oben vorgestellte Text ist der Versuch, aus dem 12-seitigen Typoskript diesen einen Faden seiner Argumentation herauszuziehen. Weitere Argumente des Referats von Roland Vogt, die hier weggelassen sind, betreffen den Umstand, dass mit der GLU bereits existiert, über dessen Sinn und Unsinn der Kongress noch beraten soll, weshalb sich Roland Vogt notwendigerweise kritisch von der GLU abgrenzen muss. Außerdem hatte er sich als Sprecher seines Netzwerk-

Verbandes zu einzelnen Positionierungen innerhalb seiner Organisation zu verhalten. Diese BBU-interne Kommunikation ist ebenfalls weggelassen.

In einer Situation, in der die mit der größten Autorität ausgestattete Institution der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der BBU, zur Parlamentskandidatur von Grünen, Bunten und Alternativen Listen «Nein» sagt, während einige ihrer Sprecher und Vorstandsmitglieder den Versuch mit der Kandidatur befördern wollen (und ein Jahr später mit Petra Kelly und Roland Vogt die Europa-Liste anführen werden), kommt eine Argumentation, die den Gedanken der Anti-Partei-Partei extemporiert, der kritischen Mehrheit im BBU entgegen. Der Diskurs der Anti-Partei-Partei ist gewissermaßen der Schwur, bei dem Experiment der Kandidatur bei Wahlen die bisherigen machtkritischen Prinzipien nicht zu verraten. Er ist das Versprechen, den Verlockungen der Macht nicht zu erliegen. Nach den Prinzipien der Sozialen Verteidigung bzw. der Gewaltfreien Aktion – und das sind Prinzipien, für die Roland Vogt als Person in besonderer Weise steht – bezieht sich die Kritik der Macht nicht allein auf die Kritik des Staates und des Militarismus, sondern nicht weniger als auf die Kritik der zwischenmenschlichen und innerverbandlichen Machtverhältnisse. Gewaltfreiheit und Basisdemokratie, zwei der künftigen vier Säulen des grünen Selbstverständnisses, sind danach nur zwei Facetten desselben Anti-Macht-Diskurses. Sie sind die Innen- und Außenseite des Selbstverständnisses der auf Kritik der Macht bezogenen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre.

Die Schwierigkeit ist nun, dass die Gründung einer Partei bereits an sich eine Verletzung des Anti-Macht-Diskurses ist. Eine Partei auf die Prinzipien des Anti-Macht-Diskurses festzulegen – und das heißt Anti-Partei-Partei – ist ein Paradoxon. Der Selbstwiderspruch wird deutlich, wenn Roland Vogt vorschlägt, zwischen «notwendiger Zentralisation zur Förderung der dezentral organisierten Basis-Bewegung» und «Zentralisation aus Anpassung an die machthierarchisch organisierten Institutionen des [...] Systems» zu unterscheiden. Von nun an befindet man sich zwischen Skylla und Charybdis, den Meeresungeheuern, die der Sage nach das Schiffelein zu verschlingen drohen. Hat man alles getan, um das Anliegen der Basis nach besten Kräften zu vertreten? Oder hat man sich dabei schon den Imperativen der Macht gebeugt?

Fußnoten

- 1 Vorlage: Kopie eines ursprünglich 12-seitigen Typoskripts mit handschriftlichen Bearbeitungen, auf 6 Seiten verkleinert; Archiv Grünes Gedächtnis, Petra-Kelly-Archiv, Sign. 2471. Das Referat ist in der *Frankfurter Rundschau* vom 5. Mai 1978 dokumentiert und in der Wochenzeitung der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) *Die Unabhängigen* in zwei Folgen am 6. und 13. Mai 1978 veröffentlicht worden. Aus textimmanenten Gründen ist anzunehmen, dass es sich bei der Vorlage um eine nachträglich, vermutlich in den ersten Maitagen 1978 erstellte Textfassung handelt, die für den Veröffentlichungszweck redigiert und handschriftlich bearbeitet wurde.
- 2 Im Original gesperrt geschrieben.
- 3 Im Original klein geschrieben.
- 4 Im Original gesperrt geschrieben.
- 5 Im Original klein geschrieben.
- 6 Die drei Pünktchen im Original.
- 7 Vgl. den Beitrag von Ruth Bevan in diesem Heft.

Aufruf zur Teilnahme am Kongreß in Kassel am 8./9. April '78

Bürgerinitiativen vor Wahlen

- Möglichkeiten und Alternativen -

Die Delegierten des BBU-Jahreskongresses 1977 in Lüchow haben den neugewählten Vorstand beauftragt, einen Kongreß zum Thema „Bürgerinitiativen und parlamentarische Vertretung“ vorzubereiten.

Der Kongreß wird am **Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. April 1978** in der Gesamthochschule Kassel stattfinden.

Der BBU stellt damit der Ökologiebewegung ein Diskussionsforum zur Verfügung, auf dem die Gruppen einander Orientierungshilfen geben und Erfahrungen austauschen können.

Der Kongreß wird in Form dieses Aufrufs bekanntgemacht und ist für alle Mitglieder von Bürgerinitiativen offen. Es können bis zu 300 (dreihundert) Personen teilnehmen. Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt und können bis zum 1. April 1978 an *Roland Vogt* gerichtet werden:

Lorenzstraße 16 - 17
1 Berlin 45
Tel. (030) 773 34 13

bzw. 11. - 25. März '78

Sonnenwendstraße 17
6702 Bad Dürkheim
Tel. (06322) 51 02

Die Anmeldungen sollen außer den üblichen Angaben auch die Bürgerinitiative (mit Postanschrift) enthalten, der der Interessent/die Interessentin angehört.

Vorläufiges Programm:

Samstag, den 8. April:

16.00 Uhr

Eröffnung mit Situationsbericht (*Roland Vogt*, BBU-Vorstand)
- anschließend Diskussion -

19.00 Uhr

Abendessen

20.15 Uhr

Fallstudien (je 10 Minuten)

a) Dr. Schött/Endingen, MdL, badisch-elsässische Bürgerinitiativen
bzw. F.D.P.

b) Heide von Bernstorff/Hamel, Mitglied des Kreistages, (WGA -
Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke)

c) Martin Mombauer/Lüchow-Dannenberg (Landtagskandidat der
GLU = Grüne Liste Umweltschutz/Niedersachsen)

d) Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger (WUB - Berlin - Zehlendorf)

e) Max Winkler (AUD, z.Z. OB-Kandidat in München)

Sonntag, den 9. April:

9 - 11 Uhr

Arbeitsgruppen zur Auswertung der Fallstudien.

Weitere Arbeitsgruppen um die Themen:

- Identitätsverlust von Bürgerinitiativen durch Teilnahme an Parla-
mentswahlen ?

- Alternativen zur aktiven und passiven Beteiligung an Parla-
mentswahlen.

11.15 - 13 Uhr

Schlußdiskussion im Plenum und Resumé.

ENDE des Kongresses.

2 bbu-aktuell

Einladung des BBU zum Kongress in Kassel am 8./9. April 1978